

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5046

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5046



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 12. Januar 2025

Inhalt

Haarsträubendes aus der Bildungsszene – und glasklare Analysen dazu	2
9. Januar 2025, Marianne Wüthrich	2
Reformwahn gefährdet Schweizer Bildungssystem.....	4
NZZ, 4. Januar 2025, Meinung & Debatte, Sebastian Briellmann.....	4
Komfort zählt mehr als Leistung	5
NZZ, 3. Januar 2025, Schweiz, Sebastian Briellmann	5
Wem dient die Bildungsbaustelle?	6
NZZ, 10. Januar 2025, Meinung & Debatte, Leserbrief	6
«Es geht nicht mehr darum, Vokabeln zu lernen»	7
NZZ am Sonntag, 22. Dezember 2024, Schweiz, Interview René Donzé	7
Wenn für Fremdsprachen das Gefühl genügt.....	9
Journal 21, 28. Dezember 2024, Carl Bossard	9
Sie tauschen Familie und Schule	11
Tages-Anzeiger, 6. Januar 2025, Politik & Wirtschaft, Benno Tuchschnid, Lausanne	11
Wie gehe ich vor, wenn ich mein Kind in den Austausch schicken will?	13
Die Lesemisere ist hausgemacht.....	13
NZZ, 19. Dezember 2024, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Maja Peter	13
Die Buchmarktkrise ist eine Lese Krise.....	15
NZZ, 27. Dezember 2024, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Mario Andreotti.....	15
Eine vertiefte Form des Verstehens	16
Tages-Anzeiger, 20. Dezember 2024, Forum, Leserbrief	16
Eine Entlastung der Lehrpersonen	16
Tages-Anzeiger, 17. Dezember 2024, Forum Leserbrief	16
Der Lehrerverband sollte über die Bücher	16
NZZ, 16. Dezember 2024, Meinung & Debatte, Leserbrief	16
«Liegt es am Ende am System?».....	17
NZZ am Sonntag, 15. Dezember 2024, Debatte, Leserbriefe	17



Haarsträubendes aus der Bildungsszene – und glasklare Analysen dazu

9. Januar 2025, Marianne Wüthrich

Zum neuen Jahr wünschen wir Ihnen alles Gute und freuen uns, Sie auch 2025 als Leser und Unterstützer einer guten Volksschule an unserer Seite zu haben.

Zu Beginn dieses Jahres müssen wir Ihnen bereits drei haarsträubende Anschauungsbeispiele präsentieren, die von sogenannten Bildungsexperten produziert wurden, nämlich im Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI, in der Zürcher Bildungsdirektion und in der PHZH. Kein Wunder, geht die einst gute Schweizer Schulbildung immer mehr in den Keller! Andererseits können wir Ihnen auch einige bemerkenswerte Analysen anbieten, deren Lektüre ein Genuss ist.

Abschaffung der ABU- Abschlussprüfungen wäre das Tüpfchen auf dem i

Frischen Wind bringt der junge Sebastian Briellmann in die NZZ-Inlandredaktion. Seine beiden Analysen zu den Bildungsreformen der letzten Jahrzehnte sind Journalismus vom Feinsten. Briellmann rechnet mit den «praxisfernen Theoretikern» ab, deren «grosse Würfe» bekanntlich das Gegenteil ihrer vollmundigen Prognosen bewirkt haben, nämlich eine Nivellierung der Schulbildung nach unten und die Abkehr von immer mehr guten Lehrern von ihrem eigentlich erfüllenden Beruf. Neueste Untat aus der Bildungsverwaltung: Die Abschaffung der Abschlussprüfungen im Allgemeinbildenden Unterricht (ABU) an den Berufsschulen, die das SBFI entgegen allem Widerstand aus den Reihen der echten Fachleute durchdrücken will. Die Schlussprüfung sei zu stark auf Wissen und zu wenig auf «Kompetenzen» ausgerichtet und deshalb nicht mehr «zeitgemäss», babbeln die Leute in der Bundesverwaltung ohne jeden Bezug zur Realität.

Als erfahrene ABU-Lehrerin könnte ich weit ausholen, um den Abbau des qualitativ hochstehenden allgemeinbildenden Unterrichts zu schildern, der unserer Berufsbildung seit gut dreissig Jahren angetan wird. Als ich in den Achtzigerjahren begonnen habe zu unterrichten, erhielten unsere Jugendlichen in den drei Lektionen ABU pro Woche eine gute und umfassende Allgemeinbildung, auf drei Schulfächer aufgeteilt. Der vom Bund herausgegebene Lehrplan enthielt solides Wissen und Fähigkeiten in vielfältigen Bereichen und in einem sorgfältig strukturierten Aufbau. Die Abschlussprüfung war anspruchsvoll und umfasste viele Lernbereiche in den Fächern Deutsch, Geschäftskunde, Staats- und Wirtschaftskunde. Sie wurde zentral organisiert und fand in der ganzen Deutschschweiz am selben Tag statt.

Unverzichtbare Beurteilung der Kenntnisse in Allgemeinbildung

Was die Jugendlichen heute im ABU lernen, ist im Vergleich dazu ein kümmerliches Häufchen. Die geplante Abschaffung der Abschlussprüfung ist sozusagen das Tüpfchen aufs i. Denn in den Neunzigerjahren entdeckten einige Anti-Pädagogen die Allgemeinbildung an den Berufsschulen als Experimentierfeld für alle ihre späteren verheerenden Feldzüge gegen unsere gute Schulbildung. Abschaffung der Fächer, jeder Schule ihren eigenen Lehrplan, «Kompetenzen» statt Wissensvermittlung, viel selbstorganisiertes Lernen – vor allem bei der damals eingeführten Abschlussarbeit (SVA). Wenn man die Vor- und Nachbereitung samt Präsentation miteinberechnet, wird heute ein

Ein Anliegen unseres Redaktionsteams

Wir haben diesmal auch ein eigenes Anliegen. Damit wir den Newsletter auch in Zukunft alle 14 Tage herausgeben können, würden wir uns freuen, wenn der eine oder die andere von Ihnen sich überlegt, unser kleines Team mit gelegentlichen oder regelmässigen Einsätzen zu ergänzen.

Natürlich wissen wir, dass die Jüngerer unter Ihnen mit Beruf, Familie und allerlei Milizarbeit für unser Gemeinwesen sehr ausgelastet sind. Aber vielleicht finden Sie doch noch ab und zu ein freies Zeitfenster? Oder Sie haben als Frischpensionierte noch Kapazitäten? Oder Sie haben andere Ideen für eine aktive Teilnahme? Übrigens freuen wir uns auch, wenn wir von Ihnen ein Echo – es darf auch kritisch sein – auf einen Newsletter oder eines unserer Vorwörter erhalten.

Marianne Wüthrich, Ruedi Richner und Hanspeter Amstutz



grosser Teil der ABU-Lektionen dafür verwendet. Auch schon vor KI wurde dabei viel fremdes Material heruntergeladen, inklusive ganze angeblich selbst geführte Interviews.

Eine Abschlussprüfung am Ende der Lehre, in der wenigstens ein Teil der über die Jahre erworbenen Kenntnisse überprüft wird, ist unverzichtbar. Dies besonders, weil die Erfahrungsnoten häufig fern von jeder Realität gesetzt werden (manche Lehrer geben kaum Noten unter 5!) und weil die heutigen Prüfungen nur noch ein Abklatsch der früheren anspruchsvollen LAP sind. Eine zentrale Prüfungskommission gibt es längst nicht mehr, sondern unter dem Motto «Wer lehrt, prüft» verfassen die ABU-Teams an den einzelnen Schulen oder Abteilungen ihre eigenen Prüfungen, mit entsprechend gesunkenem Schwierigkeitsgrad. Und dieses Restchen soll auch noch fallen? «Bloss keinen Stress verursachen», bemerkt Briellmann ironisch in der NZZ.

Wofür braucht es die EDK überhaupt?

Antwort der Zürcher Bildungsdirektorin und EDK-Präsidentin Silvia Steiner in der NZZaS: Die EDK Sorge dafür, dass in der Bildung nur die mitreden können, die «zuständig» sind, sonst «besteht die Gefahr, dass alle mitreden wollen». Die 26 Kantone zum Beispiel wollten früher mitreden, bevor Verwaltungsbeamte von Bund und Kantonen die nicht vom Volk gewählten Direktorenkonferenzen vis-à-vis vom Bundeshaus installierten und das föderalistische Gefüge der Schweiz damit faktisch ausser Kraft setzten. Dass die EDK zudem mit einer Politikerin besetzt wurde, die keinen blassen Schimmer von Pädagogik und Schule hat, setzt dem Ganzen die Krone auf. Und dann merkt sie es nicht einmal: «Ich bin voll im Saft und habe noch viel vor.» Lesen Sie die messerscharfe Einordnung von Carl Bossard zu Steiners peinlichen Phrasen zum Sprachenlernen («Wenn für Fremdsprachen das Gefühl genügt»). Damit können Sie sich die Lektüre des Interviews ersparen – und in zwei Jahren eine fähigere Zürcher Bildungsdirektorin wählen.

Übrigens: Wie Deutschschweizer Jugendliche am besten Französisch lernen und umgekehrt, erfahren Sie im Bericht des Tagi über längere Sprachaufenthalte («Sie tauschen Familie und Schule»). Kleiner Tipp: Lesen Sie den Text mit Ihren Schülerinnen oder Ihren Kindern – da kriegt man richtig Lust auf einen Aufenthalt in der Romandie.

PH Zürich verhindert aktiv das Lesen- und Schreibenlernen

Wie unseren künftigen Lehrern an der PHZH die Köpfe verdreht werden, schildert die Schriftstellerin und Berufsschullehrerin Maja Peter («Die Lesemisere ist hausgemacht»): Kinder würden kreativer schreiben, wenn sie nicht mit Rechtschreibung und Grammatik belästigt würden, Diktate seien «altmodisch und quälerisch», und wer seine Schüler laut vorlesen lasse, stelle diese bloss. Die Autorin stellt diese Irrlehren richtig und hält fest, dass eine derartige «Lehrerbildung» mitverantwortlich ist für die mangelhaften Lese- und Schreibfähigkeiten vieler Menschen. Wenn also etwas ganz dringend «reformiert» werden muss, dann nicht der KV-Lehrplan oder die ABU-Prüfung, sondern unsere Lehrerbildungsstätten, samt der Voraussetzung von pädagogischem Basiswissen für die Dozenten!

Freude am Lesen und am richtigen Schreiben fördern

Mario Andreottis Forderung, in den Schulklassen mehr zu lesen, kann ich mich nur anschliessen («Die Buchmarktkrise ist eine Lesekrise»). Meine Berufsschüler liebten es, zusammen ein Buch oder einen Zeitungsartikel zu lesen. Wenn ich fragte, ob sie lieber einzeln oder zusammen lesen wollten, riefen sie jeweils im Chor: «Zusammen». Falls jemand stockend las, brauchte es nur ein kurzes Gespräch, und das Auslachen war kein Thema mehr. Meine Schüler waren übrigens auch begeistert von Arbeitsblättern mit Hinweisen wie etwa «Auf diesem Blatt hat es 20 Fehler.» So viel pädagogisches Geschick sollte man von einer Lehrerin erwarten können, und erst recht von einem PH-Dozenten.

Am Schluss unserer Sammlung finden Sie eine ganze Reihe interessanter Leserbriefe. Nicht vergessen: Diese haben eine grosse Wirkung. Ich jedenfalls lese immer zuerst die Leserbriefseite.



Reformwahn gefährdet Schweizer Bildungssystem

NZZ, 4. Januar 2025, Meinung & Debatte, Sebastian Briellmann

Normalerweise, müsste man glauben, ändert sich ein System, wenn es nicht mehr (genügend gut) funktioniert. Kenner der Materie stellen Mängel fest – und fordern folgerichtig Verbesserungen. Im Schweizer Bildungssystem geschieht seit Jahrzehnten das Gegenteil. Obschon es gut funktioniert hat, das duale Prinzip weltweit bewundert – und nachgeahmt – wird, muss es verändert werden. Reform reiht sich an Reform, meistens gegen den Willen der Profis, die das System am besten kennen: der berufserfahrenen Lehrer. In akademischen Elfenbeintürmen tüfteln Theoretiker an einer Utopie: Die Schüler sollen, natürlich, weiterhin gut ausgebildet und aufs Berufsleben vorbereitet werden. Aber bitte ohne Druck, ohne Leistungsgedanken. Noten? Weg damit. Diese fördern bloss einen ungesunden Konkurrenzkampf. Der Lehrer ist ja auch nicht mehr Autoritätsperson, sondern in der Klasse ein Teil des Teams. Wissen ist ohnehin nicht mehr wichtig, vermittelt werden sollen Kompetenzen.

Dieser Reformwahn führt zum Verlust von Schulfächern – oder zur Abschaffung von klassischen Prüfungen. Im KV gibt es kein Rechnungswesen mehr, sondern es steht «Smalltalk», eine sogenannte Handlungskompetenz, auf dem Stundenplan. Dann braucht es, ganz praktisch, auch keine Tests mehr. Es überrascht also nicht, dass in den Berufsschulen ab 2026 keine Abschlussprüfungen mehr im allgemeinbildenden Unterricht stattfinden sollen. Warum den Kenntnisstand abfragen in Themen wie Gesellschaft, Wirtschaft, Recht oder Sprache, wenn es auch eine Abschlussarbeit tut (vielleicht noch verfasst mit KI)?

Das ist so unverständlich, dass kein triftiger Grund für die Reform genannt werden kann. Auch der Bund kann's nicht, hält aber eisern an der Umsetzung fest. Obschon eine Mehrheit der Kantone, der Parteien, der Verbände, Konferenzen, Ämter und Bildungsinstitutionen sich gegen die Abschaffung wehrt. Was jedoch klar ist: Wenn die Anforderung sinkt, wird auch das Niveau sinken. Das ist den Verantwortlichen vielleicht gar nicht so wichtig, denn Ideengeber und Umsetzer sind oft dieselben: private Bildungsfirmen. Diese haben naturgemäss ein Interesse an Veränderungen: Wenn es Geld einbringt, ist eine Reform, auch wenn sie inhaltlicher Unfug ist, stets genehm. Es dürfte niemanden wundern, dass die Abschaffung der Abschlussprüfungen an den Berufsschulen ein Vorschlag von privater Seite war, wie in einem Protokoll festgehalten ist.

Abgenickt werden diese Verschlimmbesserungen des Bildungssystems von Beamten, die kaum je in einer Schule gearbeitet haben. Und die pädagogischen Hochschulen, die die künftigen Lehrer ausbilden, machen mit. Weil sie, erstens, abhängig sind von Drittmitteln und, zweitens, weil auch sie oftmals geführt werden von hochdekorierten Technokraten ohne Praxiserfahrung.

Zu welchem Unsinn die Geisteshaltung im Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation führt, zeigen offizielle Dokumente: Das Staatssekretariat ist tatsächlich der Ansicht, dass es in den Berufsschulen «eine Veränderung zum Status quo» brauche, weil mit einer schriftlichen Prüfung «nach wie vor die Gefahr» bestehe, «keine Kompetenzen, sondern Wissen abzufragen». Wissen ist schlecht. Was Kompetenzen sind, weiss niemand so genau. Können die Schüler das googeln? Die Folgen sind katastrophal: Schweizer Schüler schneiden in Leistungsvergleichen immer schlechter ab. Fast zwei Millionen Erwachsene sind mit einfachsten Aufgaben überfordert. Und am verheerendsten: Der Staat fördert aktiv eine Gesellschaft, in der Leistung und Ambition verpönt sind. Hauptsache, alle sind gleich – wenn auch nur gleich schlecht.



Komfort zählt mehr als Leistung

NZZ, 3. Januar 2025, Schweiz, Sebastian Briellmann

In den Berufsschulen soll die Abschlussprüfung abgeschafft werden – Lehrkräfte sind empört

Das Schweizer Bildungssystem wird seit Jahrzehnten umgepflügt, von oben nach unten, von praxisfernen Theoretikern, wie Lehrer bemängeln. Lehrplan 21, Weiterentwicklung der Gymnasien, KV-Reform: Es sollten jeweils grosse Würfe werden, die das weltweit bewunderte System der dualen Bildung stärken. Das Resultat ist ernüchternd: eine Nivellierung nach unten. Die Leistungen der Schüler werden immer schlechter – dennoch steigt etwa die Maturitätsquote stetig an. Das kann nicht aufgehen. Lehrer sind frustriert, immer öfter verlassen sie vorzeitig den Beruf.

Die neuste umstrittene Absicht des zuständigen Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI): die Abschaffung der Abschlussprüfung, die Zehntausende Lehrlinge jedes Jahr im allgemeinbildenden Unterricht (ABU) absolvieren müssen. Das ist jener schulische Teil der angehenden Berufsleute, in dem sie sich nicht mit berufsspezifischen Themen, sondern mit Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Recht beschäftigen – oder mit Sprache. Rund ein Drittel der Lektionen sind für den ABU reserviert. Für die Gesamtnote zählen sollen ab 2026 nur noch die Erfahrungsnoten und die Abschlussarbeit – zu je 50 Prozent.

Gegen dieses Vorhaben wehren sich viele Akteure aus der Praxis und auch aus der Politik mit Vorstössen im Nationalrat und in kantonalen Parlamenten. Das SBFI zeigte sich im Sommer, als sich der Widerstand manifestierte, überaus unbeeindruckt, wollte zuerst die Auswertung der Vernehmlassung abwarten. Die ist nun da – und das Resultat ist eindeutig: Eine Mehrheit der Kantone, der Parteien, der Verbände, Konferenzen, Ämter und Bildungsinstitutionen wehrt sich.

Merkwürdige Kommunikation

Konrad Kuoni, der Präsident des Zürcher Verbands der Lehrkräfte in der Berufsbildung, ist empört. Wie so oft ist es dieser Verband, der öffentlich kämpft und dessen Protagonisten sich auch in den Medien äussern. Auch Kuoni wurde im November über diesen «breiten Konsens» informiert, in einem Bürgerbrief – unterzeichnet von Toni Messner, dem Leiter des Ressorts Berufliche Grundbildung beim SBFI. Kuoni sagt: «Diesen Konsens gibt es einfach nicht. Das ist faktenwidrig.» Es schein so, dass man beim Bund einfach mache, was man wolle.

Dieser hält auch jetzt eisern an der Umsetzung fest. Auf Anfrage teilt das SBFI mit, dass nach «sorgfältiger» Auswertung und «intensiver Diskussion in der Projektorganisation» festgestellt worden sei: Die Reform spiegle einen «breit abgestimmten Konsens der Verbundpartner wider». Hier muss man stutzig werden: Im Vergleich zum Schreiben, das Kuoni erhalten hat, wird hier mit dem Wort «Verbundpartner» allerdings mächtig zurückbuchstabiert. Dass diese involvierten Partner dafür sind, ist selbsterklärend – sie haben die Reform ja eng begleitet. Auf die Kritik, warum man in öffentlichen Schreiben einen falschen Eindruck erweckt («breiter Konsens»), geht das SBFI jedoch nicht ein.

Kuoni hofft immer noch, dass nicht umgesetzt wird, was keine breite Zustimmung findet. «Das ist eine Idee aus einer bestimmten Küche: Leistung wird verschmäht, den Schülern soll alles möglichst einfach gemacht werden, bloss keinen Stress verursachen.» Und das drücke man dann einfach durch – obschon es dafür keine Mehrheiten gebe. Das SBFI lässt aber in seinem Antwortschreiben kaum Zweifel offen: Die Reform wird kommen.

Für Kuoni ist das unverständlich: Er möchte, wie er klar festhalten will, nicht das gegenteilige Extrem – wie etwa in einigen asiatischen Ländern –, wo schon Kinder derart unter Druck gesetzt würden, dass sie daran oft zerbrächen. Aber er ist der Meinung: «Wer sich auf eine Prüfung vorbereiten muss, der lernt nicht nur auf einen Test, sondern auch, wie man mit Drucksituationen umgehen kann.» Das sei gut und wichtig – fürs ganze Leben. «Noch», sagt Kuoni, «hat die Berufsbildung einen Wert. Achten wir darauf, dass es so bleibt.» Und er spricht eine Warnung aus: «Wer die An-



forderungen an staatlichen Schulen beständig senkt, ist Steigbügelhalter der Privatschulen.» Die erfreuen sich bereits jetzt eines Zuwachses – und der Grund, den man hört, ist oft derselbe: Dort wird noch aufs Leistungsprinzip gesetzt.

Die Befürchtung von Kuoni und den Kritikern: Wenn mit der Abschlussprüfung ein wichtiger Pfeiler wegbriecht, senkt dies die Aussagekraft der Bewertung, also der Note. So fehlt ein objektives Kontrollinstrument. Was kann der Schüler wirklich? Kuoni sagt, dass man sich folgenden Vergleich vergegenwärtigen müsse: «Das ist, als würde man am Ende des Gymnasiums auf die Maturitätsprüfungen verzichten und lediglich auf Zeugnisnoten und Maturaarbeit setzen.» Daran hat, bisher zumindest, noch niemand gedacht. Aber bei der heutigen Reformitis wisse man ja nie.

Was ist wichtiges Wissen?

Da stellt sich die Frage: Und jetzt soll man noch die vielleicht letzte Kontrollfunktion – die Abschlussprüfung – abschaffen? Und dafür die Abschlussarbeit stärken, die mit KI geschrieben werden kann (was wiederum für einen Lehrer unmöglich zu bewerten ist)? Kuoni sagt: «Diese Reform kann nur bewirken, dass das Niveau sinkt.»

Das SBFI sieht das ganz anders. Es teilt mit, dass «zu beachten» sei, dass es das «Hauptziel der Reform» sei, die «Allgemeinbildung zu stärken und auf den Erwerb von Kompetenzen auszurichten». Nur auf die Abschlussprüfung zu fokussieren, «greife zu kurz». Der neue Lehrplan sei auf den Erwerb von «Wissen und von Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen» ausgerichtet. Gleichzeitig sei, schreibt das SBFI, die Schlussprüfung heute «zu stark Fachwissen-orientiert» und darum nicht mehr «zeitgemäss». Was Wissen ist und welches Wissen wichtig ist: Das weiss offenbar nur der Staat. Einschätzungen aus der Praxis scheinen nicht mehr gefragt.

Wem dient die Bildungsbaustelle?

NZZ, 10. Januar 2025, Meinung & Debatte, Leserbrief

Das Schweizer Bildungssystem gleicht einer endlosen Baustelle, ständig torpediert von praxisfernen Theoretikern und Reformern. Was bleibt? Frust bei Lehrkräften, Schülern und Eltern – und vor allem ein Niedergang der Qualität. Der Plan, die Abschlussprüfungen an Berufsschulen abzuschaffen, ist nur ein weiterer Schritt in einer Serie von Reformen, die konsequent nach unten nivelliert («Komfort zählt mehr als Leistung», NZZ 3. 1. 25).

Die Verantwortlichen sitzen überall: in pädagogischen Hochschulen, deren Forschungsdrang den Innovationsrhythmus auf ein unerträgliches Mass hochschraubt. Ein Lehrmittelmarkt, der jede Reform als Geschäftsmöglichkeit betrachtet. Wirtschaftsverbände, die von Schulen sofort einsatzbereite Arbeitskräfte erwarten. Und staatliche Stellen, die Prüfungen als «nicht mehr zeitgemäss» abtun und uns mit Kompetenz-Buzzwords abspeisen.

Das Ergebnis? Schüler, die nicht einmal den Stoff der vorherigen Stufen beherrschen. Lehrkräfte, die dem Druck nicht standhalten und frühzeitig aussteigen. Immer mehr Privatschulen, weil Eltern dort noch echte Leistung erwarten können. Das Bildungssystem ist drauf und dran, auf ganzer Linie zu versagen.

Keiner im System scheint bereit zu sein oder in der Lage, die Fehlentwicklungen aufzubrechen. Niemand wagt es, die Verantwortlichen zu benennen. Stattdessen herrschen Schweigen, Schönreden und gegenseitiges Abwälzen der Verantwortung.

Der investigative Journalismus muss sich dringend des Themas Bildung annehmen. Akteure und ihre Motive – seien es ideologischer Übereifer, wirtschaftliches Kalkül oder schlichte Inkompetenz – müssen schonungslos offengelegt werden. Nur so hat das Bildungssystem eine Chance, den Kindern und Lehrkräften zu dienen, anstatt immer neue Baustellen zu schaffen.

Christian Hafner, Zürich



«Es geht nicht mehr darum, Vokabeln zu lernen»

NZZ am Sonntag, 22. Dezember 2024, Schweiz, Interview René Donzé

Silvia Steiner gibt Ende Jahr das Präsidium der Erziehungsdirektorenkonferenz ab. Im Rückblick erzählt sie von ihrem Kampf gegen Corona-Massnahmen und erklärt, warum man die Ansprüche ans Frühfranzösisch revidieren sollte. Interview: René Donzé

NZZ am Sonntag: Frau Steiner, Ende Jahr geben Sie das Präsidium der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) ab. Wofür braucht es dieses Gremium überhaupt?

Silvia Steiner: Die EDK ist die Stimme der Kantone in der Bildungspolitik und damit quasi die Hüterin der Zuständigkeiten. Unser Handeln muss stets auf die Interessen der Kinder und Jugendlichen und ihr Recht auf Bildung ausgerichtet sein. Gerade in der Bildung besteht die Gefahr, dass alle mitreden wollen – egal, ob sie zuständig sind oder nicht.

Besonders ausgeprägt war dies während der Corona-Krise. Man hörte, Sie hätten sich damals mächtig mit Bundesrat Alain Berset angelegt.

Wenn es um die Interessenwahrung der Kinder und Jugendlichen ging, schon. Wir haben aber auch gemeinsam Lösungen gesucht. Am Abend des 12. März 2020, kurz vor dem Lockdown, hat er mich angerufen und gesagt: «Ich will die Schulen schliessen!» Offensichtlich war der Druck aus Frankreich und der Westschweiz recht hoch in dieser Phase. Ich erwiderte ihm: «Das geht nicht!» Da wären auch alle Schulheime betroffen gewesen und viele Kinder, die keine Betreuungsmöglichkeiten zu Hause hatten. Wir einigten uns auf ein Präsenzünterrichtsverbot mit Ausnahmeregelungen für Kleingruppen und für die Kinderbetreuung.

Die Schliessungsphase der Schulen war dann auch relativ kurz im Vergleich mit dem Ausland.

Acht Wochen, das ist lange! Ich habe deshalb immer wieder beim Bundesrat interveniert. Ich verstand nicht, dass Tattoo-Studios und Coiffeursalons öffnen durften, die Schulen aber nicht. Das hat mich in meinem Gerechtigkeitsempfinden getroffen. Wir haben dann den Druck mit einem offenen Brief erhöht. Ich pochte darauf, dass die Kantone für die Schulen zuständig sind.

Die Angst seitens des Bundes war gross, dass sich das Coronavirus über die Schulen schnell verbreiten könnte.

Damals wurde ja behauptet, die Jungen seien die Treiber der Pandemie. Im Nachhinein zeigte sich, dass das nicht stimmte.

Wurde aus Ihrer Sicht mit den Massnahmen übertrieben?

Für mich gingen die Eingriffe dort zu weit, wo sie die persönliche Freiheit derjenigen einschränkten, die sehr verletzlich sind: bei den Kindern und den alten Menschen. Ich fand es herzlos, dass eine demente Mutter ihren Sohn nur noch durch eine Trennscheibe sehen durfte.

Sie ernteten aber auch Kritik, weil Sie Maskenpflicht an den Schulen verordneten.

Es ist uns gelungen, die Hoheit wieder zurück zu den Kantonen zu holen. Doch die Quarantäneregeln waren strikt und für die Kinder und Schulen eine echte Belastung. Ich verordnete im Kanton Zürich die Maskenpflicht widerwillig, nur um Quarantänen und Schulschliessungen zu vermeiden. Ich pochte aber auf lokal und regional angepasste Lösungen, der Bund hätte am liebsten überall die gleichen Regeln gehabt. Unser föderales System als Flickenteppich zu bezeichnen, fand ich sehr oberflächlich.

Die Politik versucht immer wieder, Bildung zum Thema zu machen. Dieses Jahr hat die FDP ein Bildungspapier verabschiedet, bald will auch die SVP ein solches präsentieren. Stört Sie das?

Ich begrüsse grundsätzlich, dass die Bildung wieder in den Fokus dieser staatstragenden Parteien rückt. Schliesslich geht es um die Zukunft unserer Gesellschaft. Doch es wird schwierig, wenn nationale Parteien versuchen, die in der Bildungsverfassung festgeschriebenen kantonalen Zuständigkeiten aufzuweichen. Dagegen wehre ich mich vehement.

Die Parteien wählen nun eine Strategie mit Mustervorstössen, die sie in den Kantonen einreichen.

Hier zeigen sich eben die Vielfalt des Systems und die Grenzen der Politik. Denn da werden Äpfel



mit Birnen verglichen. Nehmen Sie zum Beispiel die Forderung nach Kleinklassen: Im Kanton Zürich sind Kleinklassen jetzt schon möglich. Im Kanton Basel-Stadt hingegen hat eine Initiative die Wiedereinführung solcher Klassen bewirkt. Die Kantone und die Gemeinden müssen ihre eigenen Wege finden, um mit der Problematik umzugehen.

Grundsätzlich aber sehen Sie das Problem, wenn zu viele schwierige Schülerinnen und Schüler in einer Klasse integriert werden?

Ich bin eine Verfechterin der Integration. Aber es gibt natürlich Fälle, in denen eine Kleinklasse die beste Lösung für ein Kind und sein Umfeld ist. Das muss jedoch immer das letzte Mittel sein. Denn es birgt die Gefahr, dass diese Kinder und Jugendlichen sich auch später nicht integrieren können. Die Schulen müssen in solchen Fällen individuelle Lösungen mit Time-outs oder Schulinseln suchen.

In die Kompetenz der EDK fällt der Sprachenkompromiss, auf den sich die Kantone beim Fremdsprachenunterricht geeinigt haben. Auch dieser gerät wieder in die Kritik. War es ein Fehler, zwei Fremdsprachen auf Primarstufe einzuführen?

Nein. Das Problem ist, dass die wenigsten in der Deutschschweiz gerne Französischunterricht haben und umgekehrt. Das sind schwer zu lernende Sprachen. Für das gegenseitige Verständnis und den Zusammenhalt in unserem Land ist es enorm wichtig, dass man die Sprache und Kultur der anderen Sprachregionen kennt.

Dafür bezahlen die Schulen einen hohen Preis in Form vieler Schulstunden, die laut Kritikern besser für Deutschunterricht eingesetzt würden. Mit der Folge, dass die Schüler beim Übertritt in die Sekundarstufe trotz allem kaum einen geraden Satz Französisch sprechen können.

Die nachfolgenden Schulstufen klagen häufig, die Schülerinnen und Schüler könnten zu wenig. Das ist nichts Neues.

Wäre es aus Ihrer Sicht nicht ohnehin besser, wenn man es bei den Fremdsprachen etwas lockerer nehmen würde – zumal man heute mit KI-Übersetzern auch ohne Französischkenntnisse problemlos kommunizieren kann.

Sie fragen mich, ob wir in unserem demokratischen System die Sprache der anderen nicht mehr lernen sollten? Das wäre falsch in einem viersprachigen Land. Aber man muss vielleicht die Ansprüche ans Frühfranzösisch revidieren und angesichts der KI den Fremdsprachenunterricht neu denken. Es geht nicht mehr darum, stur Vokabeln zu lernen, sondern vielmehr darum, ein Gespür für die Sprache zu entwickeln oder zu beurteilen, ob etwas richtig oder falsch ist, was mir ein Computerprogramm übersetzt.

Ist das eine Baustelle, die Sie Ihrem Nachfolger als EDK-Präsident, dem Walliser Christophe Darbellay, überlassen?

Nein, das ist vielmehr eine Baustelle für die pädagogischen Hochschulen: Sie müssen sich damit auseinandersetzen, wie angehende Lehrerinnen und Lehrer Fremdsprachen künftig am besten vermitteln.

Müsste nicht vor allem die erste Sprache vermehrt gefördert werden? Internationale Studien stellen den Lese- und Schreibkompetenzen der Schweizer ein schlechtes Zeugnis aus.

Ich sehe das anders. Viel wichtiger für die erste Sprache ist die Förderung im Vorschulalter. Wir können nicht ständig nach Digitalisierung schreien, auf allen Computern Rechtschreibprogramme installieren und dann verlangen, dass die Kinder genau wissen, wie man jedes Wort richtig schreibt. Die Pädagogische Hochschule Zürich hat aufgezeigt, dass Kinder und Jugendliche heute zwar schwächer sind in der Rechtschreibung. Viel besser als früher sind jedoch die Vielfalt und die Originalität ihrer Texte. Also können sie doch genau das Richtige.

Das grösste Projekt, das Sie bei der EDK verantwortet haben, war die Reform der Gymnasien.

Das war eine grosse Aufgabe. Ich habe sie seinerzeit in Angriff genommen, obwohl die Kantone nur mässig begeistert waren. Nun aber haben wir die Reform geschafft, und die Kantone können sie im Rahmen ihres Gestaltungsspielraums umsetzen. Es ist an der Zeit, dass sich die Gymnasien neu denken.

**Was wird sich verändern?**

Neben den zwölf Grundlagenfächern gibt es Schwerpunktfächer und Wahlpflichtfächer, da erhalten die Kantone Freiheiten. Gleichzeitig arbeiten die Jugendlichen vermehrt interdisziplinär. Damit soll das vernetzte Denken und Handeln gefördert werden.

Wird in Zukunft noch mehr verlangt von den Gymnasiasten?

Für den Kanton Zürich habe ich die Linie klar vorgegeben: Wir wollen die bestmögliche Bildung, ohne die Jugendlichen noch mehr zu belasten. Das ist eine grosse Herausforderung.

Der Anteil der männlichen Gymnasiasten und Studenten sinkt. Steuert hier die Reform der Gymnasien gegen?

Ich hoffe sehr, dass wir mit den neuen Lehrplänen ein Angebot bereitstellen können, das auch die Buben und männlichen Jugendlichen besser bei ihren Interessen packt.

Bereiten Sie sich eigentlich mit Ihrem Rücktritt als EDK-Präsidentin auch langsam auf Ihren Abgang aus der Zürcher Regierung vor?

Nein. Das können Sie mich vielleicht 2027 fragen. Das EDK-Präsidium gebe ich wegen der Amtszeitbeschränkung auf acht Jahre ab, ich bleibe dort aber weiterhin Vorstandsmitglied. Ich bin voll im Saft und habe noch viel vor.

Wenn für Fremdsprachen das Gefühl genügt

Journal 21, 28. Dezember 2024, Carl Bossard

Ein Interview mit Silvia Steiner, Zürcher Regierungsrätin und Präsidentin der Schweizer Erziehungsdirektorenkonferenz EDK, lässt aufhorchen. Fürs Fremdsprachenlernen reicht in Zukunft das Gespür; den Rest macht die Künstliche Intelligenz KI. Ein Zwischenruf.

Die Reformkaskade der vergangenen Jahre hat die Volksschule verändert. Der Umbau über den Innovationsdruck war rasant; doch bedeutende Baustellen bleiben offen. Dazu zählt die Integration mit ihren Kollateralfolgen, dazu gehört die notorische Leseschwäche vieler Jugendlicher ebenso wie das Fach Frühfranzösisch mit seinen ungenügenden Wirkeffekten. In einem Interview mit der NZZ am Sonntag nimmt die Präsidentin der Eidgenössischen Erziehungsdirektorenkonferenz EDK, die Zürcher Regierungsrätin Silvia Steiner, Stellung.¹

Ohne jeden Bezug zu den Erkenntnissen der Lern- und Leseforschung

Die Antworten der obersten Schweizer Bildungsverantwortlichen unseres Landes klingen in vielem vage, an manchen Stellen gar unpräzise. Befragt nach den ungenügenden Resultaten im Fach Frühfranzösisch beim Übertritt in die Sekundarstufe, meint sie salopp: «Die nachfolgenden Schulen klagen häufig, die Schülerinnen und Schüler könnten zu wenig. Das ist nichts Neues.» Dass viele Primarschulkinder mit dem Erlernen der Standardsprache und zwei frühen Fremdsprachen heillos überfordert sind, negiert Silvia Steiner; über die Stimmen aus der Praxis mokiert sie sich.

Dabei weisen verschiedene Studien nach, wie wenig der frühe Fremdsprachenunterricht vor allem im Fach Französisch bewirkt. Um die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Lern- und Leseforschung kümmert sich Silvia Steiner kaum. Spät Beginnende lernen unter schulischen Bedingungen schneller und besser. Das bestätigt beispielsweise die Langzeitstudie «Beyond Age Effects» der Zürcher Linguistin Simone Pfenninger.² Für einen gutes frühes Fremdsprachenlernen bräuchte es überdies

¹ René Donzé: «Es geht nicht mehr darum, Vokabeln zu lernen». Interview mit Silvia Steiner, in: NZZaS, 22.12.2024, S. 11f.; <https://www.nzz.ch/schweiz/die-oberste-bildungsdirektorin-ueber-die-corona-krise-ich-habe-immer-wieder-beim-bundesrat-intervenierte-ld.1863072> [abgerufen: 26.12.2024]

² Vgl. <https://www.tagesanzeiger.ch/im-kreuzfeuer-des-sprachenstreits-617604925326> [abgerufen: 26.12.2024]



etwa 50% Immersionsunterricht – also rund die Hälfte der Lektionen in der Zielsprache. Das ist in der Volksschule schlicht illusorisch.

Stures Vokabellernen ist längst passé

Steiners Satz zum Frühfranzösisch hat es in sich: «Es geht nicht mehr darum, stur Vokabeln zu lernen, sondern vielmehr darum, ein Gespür für die Sprache zu entwickeln oder zu beurteilen, ob etwas richtig oder falsch ist, was mir ein Computerprogramm übersetzt.» Diese Aussage ist aus zweierlei Gründen bemerkenswert: Kein vernünftiger Sprachunterricht lässt Vokabeln noch als isolierte Elemente stur büffeln. Da karikiert Steiner etwas, das in dieser Form gar nicht mehr existiert! Wirksames Vokabellernen erfolgt in einem Kontext. Und das seit Langem.

Etwas beurteilen als anspruchsvolles Lernziel

Steiners Vorstellung, dass Volksschulkinder beurteilen können, ob im Französisch «etwas richtig oder falsch ist, was mir ein Computerprogramm [KI] übersetzt», widerspricht den Prinzipien der Lernpsychologie. So etwas geht nicht ohne Basics. Beurteilen setzt solides Grundlagenwissen voraus. Wie kann ich etwas einschätzen, wenn ich die französischen Wörter nicht kenne und damit das Übersetzte nicht versehe? Wer nur eine minime Ahnung von der Bloom'schen Taxonomie³ hat, kommt nie auf eine solche Aussage. Beurteilen ist in den Bildungsprozessen das höchste Ziel. Diese Fähigkeit muss systematisch und konsequent erarbeitet werden. Die Bloom'sche Taxonomie zeigt, dass anspruchsvolle kognitive Prozesse wie Beurteilen auf Wissen und Verstehen sowie Analysieren aufbauen.

Wer eine solche Aussage liest, fragt sich sofort: Wäre es nicht essenziell, dass die schweizerische Bildungspolitik auf fundierten Erkenntnissen der Unterrichts- und Lernforschung basiert und sich nicht von praxisfernen Visionen tragen lässt, wie sie Silvia Steiner formuliert?

Verstehendes Lesen

Kein Wort verliert die Zürcher Bildungsdirektorin, dass verstehendes Lesen ein elementares Bildungsziel ist und dass es hier nicht zum Besten steht. Viele Kinder verstehen die gelesenen Texte nicht. Ein überfrachteter Lehrplan erschwert diesen grundlegenden Bildungsauftrag. Dabei gehört die Kulturtechnik des Lesens und Verstehens zu den Kernkompetenzen eines jeden. Sie bleiben der Schlüssel für nahezu alle weiteren Lernprozesse und für die Teilhabe an der Welt – und an unserer Demokratie. Das verstehende Lesen bildet die Grundlage. Dass Silvia Steiner dies negiert, stimmt nachdenklich.

Der Leser bleibt ratlos zurück

Wer die Schweizer PISA-Resultate betrachtet, ist ernüchert: Ein Fünftel aller Schweizer Schüler erreicht am Ende der obligatorischen Schulzeit in Mathematik und Naturwissenschaften die Minimalanforderungen nicht, beim Lesen gar ein Viertel. Eine OECD-Analyse, die sogenannte PISA-Studie für Erwachsene,⁴ zeigt überdies: 1,7 Millionen Schweizer können kaum lesen und rechnen.⁵ Davon hören wir im Interview kein Wort. Silvia Steiner weicht diesen Fragen aus. Die Präsidentin der EDK und oberste Bildungsverantwortliche der Schweiz lässt die Leserin, den Leser ratlos zurück.

³ Vgl. https://paeda-logics.ch/wp-content/uploads/2020/01/Taxonomiestufen_Bloom.pdf [abgerufen: 26.12.2024]

⁴ Die OECD-Studie nennt sich PIAAC: Programme for the International Assessment of Adult Competencies.

⁵ Vgl. Sebastian Briellmann: Der überforderte Bürger, in: NZZ, 11.12.2024, S. 8.; Heike Schmall: Einfachste Texte werden zum Problem, in: FAZ, 11.12.2024, S. 8.



Sie tauschen Familie und Schule

Tages-Anzeiger, 6. Januar 2025, Politik & Wirtschaft, Benno Tuchs Schmid, Lausanne

Rekord bei Sprachaufenthalten Allez-hopp über den Röstigraben! Austausch in der Schweiz boomt. Was Simon (16) und Medea (15) dabei erleben, und warum ein Kanton alle anderen austicht.

«Huere geil» ist sein Lieblingsausdruck im Schweizerdeutschen. Und «bö» - im Sinne von: krass. Sie sagt jetzt «la pèche», wenn der Schnee matschig ist, oder «cramer», wenn etwas anbrennt. Das ist bernjurassischer Slang.

Medea Burri und Simon Steiner kannten sich bis vor wenigen Monaten nicht. Nun lebt er seit August bei ihrer Familie in Thalwil, sie bei seiner in Biel. Die 15-jährige Medea und der 16-jährige Simon haben ihr Zuhause und die Schule getauscht. Um die Sprache und Kultur des anderen kennen zu lernen.

Simon sitzt in einem Sessel in der Bibliothek des Gymnasiums Freudenberg in Zürich-Enge. Während er spricht, spielt seine rechte Hand manchmal am Heizungsradiator rum. Am Anfang sei er oft traurig und einsam gewesen. Das passiert jetzt immer weniger. Er besucht noch bis im Sommer das Gymi in Zürich, im Februar wechselt er die Gastfamilie und zieht nach Oerlikon. Sein Deutsch ist ein Gemisch aus Dialekt und Hochdeutsch.

Medea sitzt auf einem Metallstuhl in den Aufenthaltsräumen des Gymnase de Bienne et du Jura Bernois. Manchmal rutscht ihr auch auf Deutsch ein «Non» oder ein «Oui» raus. Unter der transparenten Handyhülle sind Babyfotos von ihr und ihren Geschwistern zu sehen. Sie hat ihre beste Freundin in Biel schon in der ersten Schulstunde kennen gelernt. Manchmal übernachtet sie bei ihr im Dorf Court im Berner Jura.

Systematische Förderung ist neu

Die beiden Jugendlichen machen eine Erfahrung fürs Leben. Und sie sind nicht allein. Gerade entwickelt sich in der Schweiz etwas, das es in diesem Ausmass noch nie gegeben hat: ein Schüleraustausch zwischen den Sprachregionen im grossen Stil. Tausende Kinder und Jugendliche lernen jedes Jahr die andere Seite des Röstigrabens kennen, manche für ein paar Tage, andere, wie Medea und Simon, für ein halbes Jahr oder mehr. Primarschülerinnen und Gymnasiasten, in Gruppen oder alleine.

Medea sagt: «Ich habe schon das Gefühl, dass mir die Romandie nun näher ist.» Simon sagt: «Deutschschweizer waren für mich immer die anderen, das ist nun nicht mehr so.»

Die Mehrsprachigkeit ist ein beliebtes Sujet für 1.-August-Reden - doch die systematische Förderung des Austauschs auf Schulebene ist neu. Seit 2007 schreibt das Sprachengesetz diese vor. Bund und Kantone haben das Ziel formuliert, dass alle in ihrer Schulzeit mindestens eine Austauscherefahrung machen sollen. Diese Vorgabe wird allerdings noch längst nicht umgesetzt. Seit dem letzten Sommer sind Gymnasien in der Schweiz immerhin verpflichtet, ihren Schülern Austauscherefahrungen zu ermöglichen.

Für die Finanzierung zuständig ist Movetia, die nationale Agentur zur Förderung von Austausch und Mobilität im Bildungsbereich. Christine Keller, Bereichsleiterin Schulbildung, wünscht sich mehr bindende Vorschriften - auch für die Volksschule. Sie sagt: «Wir sind zufrieden mit der Entwicklung, aber das Potenzial ist noch lange nicht ausgeschöpft.»

15 Prozent der Walliser Schüler wagen es

Laut Keller fehlen repräsentative Zahlen zum Ausmass des Austausches. Bildungspolitik ist Sache der Kantone, die Lage ist unübersichtlich. Bildungsökonom Stefan Wolter von der Universität Bern kritisiert den statistischen Blindflug: «Wenn man messen will, ob man Erfolg hat, braucht man belastbare Zahlen.»



Wolter hat vor einigen Jahren die einzige repräsentative Studie zum Thema veröffentlicht. Fazit: Die Kantone müssten Austauschaktivitäten mehr als verdreifachen, «um in die Nähe der politischen Zielsetzung zu kommen».

Umfragen von Movetia deuten darauf hin, dass sich die Situation nun verbessert hat. Im Schuljahr 2022/2023 wechselten gemäss Umfragen der Austauschorganisation 26'922 Schülerinnen und Schüler auf die andere Seite des Röstigrabens. 2017 waren es erst 17'378.

Unbestritten ist: Es gibt einen Musterschüler. Den Kanton Wallis. Zuständig ist Bildungsminister und Ex-Mitte-Präsident Christophe Darbellay, der ab 2025 der oberste Erziehungsdirektor der Schweiz ist. Er sagt: «Für mich hat das Thema absolute Priorität.» Darbellay wuchs selber in einer französischsprachigen Familie auf. Deutsch lernte er im Kollegium in Brig und bei einem Berner Bauer. Er sagt: «Das war eine Erfahrung, die mein Leben veränderte.» Als er vor acht Jahren Walliser Erziehungsdirektor wurde, war das Wallis schon führend beim Sprachaustausch. Darbellay wollte die Zahlen verdoppeln. Heute machen 7000 Walliser Schülerinnen und Schüler jedes Jahr einen Sprachaustausch innerhalb oder ausserhalb des Kantons. Das sind 15 Prozent aller Schüler im Kanton.

«Das A und O sind die Macherinnen und Macher, die den Austausch organisieren», sagt Darbellay. Sechs Fachleute arbeiten im Bureau des échanges linguistiques, «echte Unternehmer in der Verwaltung» nennt sie Darbellay. Was er damit meint, zeigt ein Beispiel aus einem anderen Kanton. Yann Lenggenhager ist Gymi-Lehrer in der Stadt Zürich und zuständig für den Austausch an den Kantonsschulen Nord und Freudenberg. Er hat auch Medea Burri und Simon Steiner bei der Organisation geholfen. Lenggenhager sagt, es freue ihn, dass der Sprachaustausch in der Schweiz immer populärer werde, «für mich ist die Arbeit aber genauso herausfordernd wie vor 15 Jahren, als ich anfing».

Gastfamilien zu finden, ist schwierig

Sein grösstes Problem: Familien finden, die Schülerinnen und Schüler aus einem anderen Landes- teil aufnehmen. Bei Medea und Simon ging es leicht, weil die beiden einfach die Familie getauscht haben. «Das ist der Optimalfall», sagt er. Ansonsten geht eine mühselige Suche nach einer Gastfamilie los, bei der sich Lenggenhager auf sein Netzwerk verlassen muss, das er in 15 Jahren gebildet hat. Telefonieren, Mails schreiben, Klinken putzen.

Seit 2020 arbeitet Lenggenhager auch Teilzeit in der Fachstelle Austausch und Mobilität der Bildungsdirektion des Kanton Zürich. 2024 organisierte das Team 5150 Austausche, fast doppelt so viele wie ein Jahr zuvor.

Lenggenhager hat persönlich schon über 300 Kinder betreut. Die Bilanz sei überwältigend. Wer aus der Romandie zurückkomme, sei «enchanté», verzaubert. Viele würden danach in der Westschweiz studieren, die Erfahrung begleite sie ein Leben lang.

Medea und Simon lernten auch ein neues Familienleben kennen. «Das ist spannend - aber man muss sich umgewöhnen», sagt Simon. Er rudert, hat sechs Tage die Woche Training im Ruderclub Zürich. Abends komme er oft todmüde nach Hause, und am Wochenende gehe fast der ganze Tag fürs Training drauf. «Ich glaube, für meine Gastfamilie ist es ungewohnt, dass ich weniger zu Hause bin als Medea. Das tut mir manchmal leid.» Das Familienleben bei seiner Thalwiler Familie sei enger als bei ihm zu Hause.

Austausch existiert seit dem 17. Jahrhundert

Doch auch Simons Familie unternimmt nun mehr gemeinsam - seit Medea da ist: «Meine Gasteltern zeigen mir viel, nehmen mich ins Theater mit oder ins Kino, machen Ausflüge. Sie sind wirklich lieb», sagt sie. Zu Hause in Thalwil hatte sie viele Hobbys: Theater, Blockflöten-Ensemble, Pfadi. In Biel geht sie in den Badminton-Club.

Erfahrungen in Familien ennet der Sprachgrenze machen Schweizerinnen und Schweizer schon lange, wie der Publizist Christophe Büchi in seinem Standardwerk «Mariage de raison» über die



mehrsprachige Schweiz ausführt. Sie begann im 17. Jahrhundert mit den Kindern der Deutschschweizer Aristokratie, die im Welschland die Weltsprache und das Savoir-vivre erlernten. Im 19. Jahrhundert kam eine erste Welle von Deutschschweizer Mädchen, die als Au-pairs ein «Welschlandjahr» absolvierten. Und auch unter dem Nachwuchs der Landwirte gab es in dieser Zeit einen regen Austausch. Die meisten dieser Austauschaufenthalte wurden individuell organisiert und nicht vom Bund gefördert.

«Erst mit der Geistigen Landesverteidigung während des Zweiten Weltkriegs begann die Schweiz, ihre Mehrsprachigkeit als Alleinstellungsmerkmal zu nutzen und staatlich zu fördern», sagt Büchi. Er ist überzeugt, dass die Mehrsprachigkeit «einer der grössten Trümpfe der Schweiz» ist. Zu lange habe man sinnvolle Massnahme wie den Schüleraustausch nur aus Gründen des nationalen Zusammenhalts beworben. «Dabei ist Mehrsprachigkeit auf dem Arbeitsmarkt ein enormer Karrierevorteil.» So sieht es auch der Bieler Simon. Er sagt: «Ich wohne in einer Region, wo es auf dem Arbeitsmarkt schon enorm hilft, wenn man Deutsch kann. Ich mache das auch für meine Zukunft.» Während Medea schon in der Schule gut in Französisch war, hatte Simon vor seinem Austausch Mühe mit dem Deutsch. «Ich kämpfte immer um den 4er.» In Zürich lernt er nun zusätzlich noch Mundart. «Kann sein, dass mich das etwas bremst, ich lerne ja eigentlich zwei Sprachen.» Doch für ihn sei es wichtig, auch Dialekt zu sprechen. So könne man zu Deutschschweizern viel einfacher eine Beziehung aufbauen. Das gehe mittlerweile ganz gut. «Als ich die Witze der anderen verstand - und sie meine -, da ging es aufwärts.»

Wie gehe ich vor, wenn ich mein Kind in den Austausch schicken will?

Es gibt verschiedene Formen von Sprachaustausch im Inland: vom Klassenaustausch, der nur wenige Tage dauert, bis zum einjährigen Einzelaustausch. Organisiert werden diese von Schulen und den zuständigen Fachbehörden in den Kantonen. Eltern und Schüler, die sich für einen Austausch interessieren, finden hier die richtigen Ansprechpartner in ihrem Wohnkanton. Movetia, die nationale Agentur zur Förderung von Austausch und Mobilität im Bildungsbereich, unterstützt die Austausche finanziell. Für Klassen- und Einzelaustausch standen 2023 knapp 1,5 Millionen Franken zur Verfügung. (btu)

Die Lesemisere ist hausgemacht

NZZ, 19. Dezember 2024, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Maja Peter

Gemäss einer neuen OECD-Studie hat die Lese- und Schreibkompetenz in der Schweizer Bevölkerung stark abgenommen. Dies sollte ein Weckruf für die pädagogischen Hochschulen sowie die Volksschulen sein.

Nun ist offiziell, was Lehrerinnen und Lehrer an Berufsschulen seit einigen Jahren feststellen: Die Lese- und Schreibkompetenz der Schweizer Bevölkerung nimmt stark ab. Würde ich einer Klasse den Satz aus der OECD-Studie «Bringen Sie Ihr Kind bis 10 Uhr in den Kindergarten» diktieren, schafften es auch in den kognitiv stärksten Klassen (10–18 Personen) etwa zwei Lernende, den Satz fehlerfrei zu schreiben. Verstehen würden ihn je nach Lehre nicht alle. Auch ums Lesen steht es schlecht. Erstens drücken sich die Lernenden nach Kräften vor dem Lesen, weil es ihnen schwerfällt. Zweitens habe ich bei vielen Lernenden den Eindruck, dass sie kaum verstehen, was sie lesen. Dabei handelt es sich keineswegs nur um Jugendliche, die eine lange Fluchtgeschichte hinter sich haben, oder um jene, die als zugewanderte Erwachsene eine Lehre machen. Unter ihnen sind einige,



die gut Bescheid wissen über Grammatik, Rechtschreibung und das Satzzeichen Punkt. Andere können genug Deutsch, um den Alltag zu bestreiten. Gemeint sind hier nicht Zugewanderte. Es gibt Lernende, welche die Primar- und Sekundarschule in der Schweiz besucht haben und die Grundkompetenz in Lesen und Schreiben nicht beherrschen. Mit Grundkompetenz meine ich: Gross- und Kleinschreibung, den Punkt am Ende eines Satzes, einen vollständigen Satz mit Subjekt, korrekt konjugiertem Verb und korrekt dekliniertem Objekt.

Es fehlt das Bewusstsein für die Wichtigkeit von korrekter und damit verständlicher Sprache. Die Schüler realisieren ihr Handicap erst, wenn sie mit Google oder KI versuchen, eine Aufgabe zu lösen, aber diese Systeme ihr phonetisch geschriebenes Deutsch/Schweizerdeutsch nicht entziffern können. Später in der Berufslehre haben sie noch maximal drei Lektionen pro Woche, um an ihrer Sprachkompetenz zu arbeiten.

Natürlich lernen die Kinder in der Volksschule viele wichtige Dinge, wie Vorträge zu halten (was viele gut können), sie wissen theoretisch Bescheid über die Gefahren von sozialen Netzwerken, und sie gehen angstfrei und fordernd mit uns Lehrpersonen um. Es geht nicht darum, pauschal die Volksschullehrer anzuprangern, das Problem liegt bei den pädagogischen Hochschulen. So lernen etwa Lehrerinnen und Lehrer an der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH), dass sie den Kindern das phonetische Schreiben beibringen sollen, statt sie mit korrekter Rechtschreibung abzuschrecken.

Das hat zur Folge, dass ich viele Lernende in den Klassen habe, die nie aufgehört haben mit dem Phonetisch-Schreiben, weil sich das Schriftbild falsch im Kopf festgesetzt hat. Da die Jugendlichen in der Freizeit nicht mehr lesen, legen sich wenige korrekte Schriftbilder über die falschen, und sie bleiben dabei. Was für ein Irrweg!

Ein anderes Beispiel: Die Leseforschung zeigt klar, dass lautes Lesen bzw. das Vorlesen enorm wirksam ist beim Erlernen und Verbessern einer Sprache. Aber wehe, eine Lehrerin wie ich wendet diese Methode im Unterricht an und teilt die Erfahrungen damit an der PHZH mit. Nicht nur ich wurde deswegen regelrecht zusammengestaucht von der Dozentin. Schüler vorlesen zu lassen, stelle diese bloss, das dürfe deswegen im Unterricht keinesfalls gemacht werden. Ich erachte es als meine wohl wichtigste Aufgabe als Lehrerin, einen anregenden und sicheren Lernraum zu schaffen. Das heisst, ich bin zusammen mit der Klasse dafür zuständig, dass sich alle getrauen, Fragen zu stellen und Fehler zu machen.

Denn nur aus Erfahrungen lernt man. Das Ausprobieren und das Nicht-auf-Anhieb-Können gehört zum Lernen. Gelingt Vorlesen nicht beim ersten Mal, dann wird es neue Versuche mit Erfolgserlebnissen geben. Von Blossstellen kann keine Rede sein.

Ein anderes Tabu ist das Diktat. Es gilt gemäss PHZH als altmodisch und quälerisch, Diktate zu machen, obwohl es sich dabei um eine wirksame Methode handelt, sich Sprachbilder einzuprägen. Jene Mütter und Väter, die zu Hause mit ihren Kindern Diktate üben, erzielen hervorragende Resultate. Mit Blick auf die Chancengleichheit darf es aber nicht sein, dass Eltern die Aufgaben der Volksschule übernehmen müssen, damit ihre Kinder Basiskompetenzen erlernen. Zur Schule gehören auch Aufgaben, die nicht beliebt sind. Sie deswegen wegzulassen, ist ein Fehler.

Junge PHZH-Absolventen sagen mir, sie legten keinen Wert auf Rechtschreibung, weil Rechtschreibung die Kreativität behindere. Schülerinnen und Schüler aber können problemlos unterscheiden, ob es in einer Aufgabe primär um den Flow des Schreibens und Denkens geht oder um korrekte Verständlichkeit, das weiss ich aus Erfahrung. Es ist zu hoffen, dass die OECD-Studie ein Weckruf für die Ausbildungsverantwortlichen der pädagogischen Hochschulen ist – und ein Appell an alle Lehrerinnen und Lehrer der Volksschule, den Fokus verstärkt wieder auf die Grundkompetenzen Lesen und Schreiben zu legen.

***Maja Peter** ist Schriftstellerin und Berufsschullehrerin; ihr jüngster Roman «Wenn du nicht wärst» ist soeben bei Nagel & Kimche erschienen.*



Die Buchmarktkrise ist eine Lesekrise

NZZ, 27. Dezember 2024, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Mario Andreotti

Es ist geradezu paradox: Da schreiben immer mehr Menschen Bücher, die von immer weniger Menschen gelesen werden. In den letzten fünfzehn Jahren mussten allein in der Deutschschweiz weit über hundert Buchhandlungen schliessen oder wurden von grösseren Ketten übernommen. Wenn überhaupt Bücher gekauft wurden, so wurden sie immer häufiger bei Amazon online bestellt. Der Umsatz des Deutschschweizer Buchhandels ist in der gleichen Zeit um über zwanzig Prozent gesunken. Trotz diesem schrumpfenden Markt erscheinen im deutschsprachigen Raum jährlich weit über 80 000 neue Bücher. Wer soll all diese Bücher kaufen?

Für die Krise des Buchhandels lassen sich Gründe nennen. Da ist zunächst einmal der Umstand, dass im Zusammenhang mit dem Überhandnehmen der elektronischen Medien immer weniger gelesen wird. Hauptkonkurrent des Lesens dürften die vielen Angebote im Internet und vor allem jene der Streamingdienste wie Netflix oder Amazon sein. Glaubt man einer deutschen Studie, so beträgt die tägliche Lesezeit pro Person im Durchschnitt ganze zwölf Minuten, die Zeitungslektüre mit eingerechnet. Hier ist die Schule gefordert: Um Kindern die Freude am Lesen näherzubringen und sie so in ihrer sprachlichen Entwicklung zu unterstützen, sollte im Unterricht, etwa durch die Einrichtung fester Lesezeiten, mehr gelesen werden. Nur so kann sich bei den Kindern eine Lesemotivation entwickeln, die bis ins Erwachsenenalter hält.

Die Buchmarktkrise ist im Grunde eine Lesekrise. Die grosse Mehrheit derer, die heute kaum mehr ein Buch kaufen, fühlt sich von den Erwartungen und der Schnellebigkeit des modernen, digital geprägten Alltags gestresst, ja überfordert. Durch den Kampf um die mangelnde Zeit, aber auch durch die abnehmende Fähigkeit, Stille auszuhalten, eine Grundvoraussetzung für das Lesen, greifen Menschen immer seltener zum Buch. Dazu kommt, dass ihre Aufmerksamkeitsspanne immer kürzer wird. In der Schweiz liest heute nur noch jeder Fünfte ein Buch. Der Buchhandel muss mit neuen Mitteln ein neues Zielpublikum erschliessen. Dabei hat er sich auf ein verändertes Lese- und Kaufverhalten einzustellen. Etwa darauf, dass jene, die noch lesen, ihre Bücher vermehrt online kaufen oder auf E-Reader zurückgreifen.

Auch wenn die Kluft zwischen Lesern und Nichtlesern wächst, so lässt sich doch feststellen, dass jene, die lesen, tendenziell sogar häufiger lesen. Das gilt zum einen für die Frauen, die deutlich mehr lesen als die Männer, und das gilt zum anderen für die jüngere Generation überhaupt, also für Menschen zwischen 16 und 29 Jahren, die zu den leidenschaftlichsten Lesern gehören: 60 Prozent von ihnen lesen mindestens ein Buch pro Jahr. Als Folge der rasanten Entwicklung des Internets wird immer wieder das Ende des Gutenberg-Zeitalters, also des gedruckten Buches, beschworen. Und in der Tat spüren die Printmedien die Konkurrenz des Internets. In den USA schliessen reihenweise auch grössere Zeitungen.

Im Buchmarkt, vor allem im Bereich der Literatur, setzt die Entwicklung freilich langsamer ein, denn noch sind Bücher in digitaler Form unbequem zu lesen. Aber längst gibt es E-Book-Lesegeräte, die angenehmer zu benutzen sind und auf denen sich eine ganze Bibliothek herumtragen lässt. Die Buchbranche ist gefordert: Einerseits registriert sie ein sinkendes Interesse am Kulturgut Buch, andererseits glaubt sie zu Recht daran, dass sich das Buch auch in Zukunft behaupten wird.

Mario Andreotti ist Dozent für neuere deutsche Literatur und Autor von «Eine Kultur schafft sich ab. Beiträge zu Bildung und Sprache».



Eine vertiefte Form des Verstehens

Tages-Anzeiger, 20. Dezember 2024, Forum, Leserbrief

«Tages-Anzeiger» vom 12.12. «Wenn nur Auswendiglernen zählt, verdient das Gymnasium seinen Namen nicht»

Auswendiglernen hat bei uns eine unverdient schlechte Presse, obwohl alle furchtbar Angst vor Demenz haben, vor der Zeit, in der alles, was wir einmal gelernt haben, zu verschwinden anfängt. Im Französischen und Englischen lernt man «par coeur» und «by heart», und die ItalienerInnen haben das Gelernte explizit «a memoria», im Gedächtnis. Vielleicht müsste man sich klar werden, dass Auswendiglernen nicht Papageienarbeit ist, sondern eine vertiefte Form des Verstehens und Verknüpfens des Neuen mit schon Bekanntem. Wir können nur gut denken, sprechen und handeln, wenn wir genug im Kopf, im Herzen und im Gedächtnis haben. Der Weg dahin ist lang und zum Teil beschwerlich, aber es gibt keine Abkürzung. Die Meinung, man könne alles bei Bedarf im Internet finden, ist eine Selbsttäuschung. Erst wenn ich schon einiges weiss, weiss ich auch, was ich nicht weiss und also suchen muss.

Cornelia Wyler, Zürich

Eine Entlastung der Lehrpersonen

Tages-Anzeiger, 17. Dezember 2024, Forum Leserbrief

«Tages-Anzeiger» vom 9.12. «Wir müssen aufhören, die Schuld auf die Teilzeitarbeit zu schieben»

Angesichts wachsender Konfliktzonen an unserer Volksschule und zunehmenden Ansprüchen an sie muss dem anhaltenden Mangel an Lehrkräften wirkungsvoll Einhalt geboten werden. Lena Fleisch zeigt überzeugend auf, wie hilfreich Lehrerinnen mit Teilzeitpensen dafür sind. Unentbehrlich sind aber auch Pädagogen mit starker Präsenz und Klassenlehrerfunktion. Zu Recht bezeichnet sie Fleisch als «Fels in der Brandung». Doch mutet es widersprüchlich an, wenn die Primarlehrerin die Initiative zur Wiedereinführung von Förder- und Kleinklassen als «im Ansatz falsch» erachtet. Ihre Notwendigkeit haben inzwischen breite Kreise in Politik und Gesellschaft erkannt. Die sogenannte Inklusion mit dem Einbezug aller Kinder und Jugendlichen in Regelklassen überfordert unser Schulsystem, indem sie zu viel Konfliktpotenzial schafft. Dagegen machen Kleinklassen eine spürbare Beruhigung in den Klassenzimmern, eine grosse Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer und damit einen erheblichen Abbau von Konfliktherden möglich.

Max Knöpfel, Pfäffikon

Der Lehrerverband sollte über die Bücher

NZZ, 16. Dezember 2024, Meinung & Debatte, Leserbrief

Im Artikel über ein Gespräch mit Dagmar Rösler, der Präsidentin des Schweizer Lehrerverbands, kommen eine Reihe von Aspekten und Themen zur Sprache («Sie sagt der Schweiz, was die Lehrer wollen», NZZ 4. 12. 24).

Zwei davon seien hier herausgepflückt. Im letzten Abschnitt heisst es, punkto Lehrermangel herrsche wohl Einigkeit. Dass dieser besteht, ja, aber bei den Lösungsvorschlägen klaffen die Meinungen weit auseinander.



Viele Lehrpersonen finden, die Integration aller Kinder in Normalklassen schrecke sehr oft Junge vom Lehrberuf ab oder führe gar zu Kündigungen – kein Wunder, wenn Schilderungen aus Zuständen in gewissen Klassenzimmern nach aussen gelangen. Da sollte der Lehrerverband dringend über die Bücher.

Und was das Gendern betrifft, sind einfach nicht sämtliche Leute bereit, kritiklos alles mitzumachen; auch dieses Thema ist deshalb kein Lockvogel für den Berufseinstieg. Es gibt Lehrerinnen und Lehrer, welche zum Beispiel drei WC in Schulhäusern ablehnen, weil sie finden, jene Kinder, die dann die «mittlere» Türe wählten, wären erst recht dem Spott ausgesetzt.

Natürlich könnte man dann darüber diskutieren und politisieren und Elternabende veranstalten und so fort, aber wer den Lehrberuf wählt, lechzt wohl nicht primär nach solchen Aktivitäten. Weniger totale Integration und weniger übertriebenes Gendern wären deshalb auch im Interesse der Nachwuchsrekrutierung sehr zu begrüssen.

Bruno Pfister, Galgenen

Frau Rösler wird mit einer Aussage zitiert, wonach die Politik endlich entscheiden müsse, «wie wir gendern sollen». Das ist mir unbegreiflich. Warum drückt sich die Lehrerorganisation vor klaren Forderungen? Wieso können die Pädagogen nicht den Tarif durchgeben, welcher im Interesse der Kinder wäre?

Es ist doch sonnenklar, dass all die verlangten Gender-Formen unsere Sprache nicht vereinfachen, sondern verkomplizieren – von den umstrittenen Sternchen schon gar nicht zu reden.

Den vielen Schülerinnen und Schülern, die am Deutschlernen sind, würde man mit einer möglichst klaren Sprache ohne Gender-Forderungen bessere Unterstützung bieten und schnellere Erfolge ermöglichen.

So ist ja auch die Verwaltung in Zürich neuerdings bestrebt, den erwachsenen Zuzüglern mit einer Vereinfachung von amtlichen Texten keine unnötigen Hindernisse in den Weg zu legen.

Ein mutiger, selbstbewusster Lehrerverband würde nicht wie Frau Rösler zögerlich auf jenen Sankt-Nimmerleins-Tag warten, an dem «die Politik endlich entscheidet». Nein, er wäre im Gegenteil den Politikern willkommene Hilfe bei der Entscheidungsfindung, würde schleunigst die Initiative ergreifen und seine Botschaft unmissverständlich verkünden: bitte zum Wohle der Kinder kein Gendern an den Schulen.

Vera Diaz, Zürich

«Liegt es am Ende am System?»

NZZ am Sonntag, 15. Dezember 2024, Debatte, Leserbriefe

«Kaum ein Job ist härter»

Derzeit sind es die überforderten Schulleiterinnen und Schulleiter und der Lehrermangel. Gerade noch war es die Inklusion. Vorher die sozialen Medien. Dann ADHS. Oder die schwierigen Eltern. Oder die fremdsprachigen Kinder. Oder Mobbing. Oder die sogenannten verhaltensgestörten Kinder. Weshalb kommt eigentlich niemand auf die Idee, das Schulsystem selber könnte das Grundproblem sein?

Peter Sutter, Buchs (SG)

Der Bericht lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Was in solchen Schilderungen immer wieder auftaucht: Der momentane Lehrermangel hat sehr wohl auch mit den schwierigen, verhaltensauffälligen Kindern zu tun. Wenn junge Leute vor ihrer Berufswahl hören, was in einigen Schulzimmern wegen der Totalintegration abgeht, kann das durchaus entscheidend sein für den



Verzicht auf einen Einstieg ins Lehramt. Die geplante Wiedereinführung von Kleinklassen wird mithelfen, die Lage zu entspannen. In Basel hat man gehandelt, in Zürich steht der Schritt bevor, und andere Kantone werden hoffentlich folgen.

Hans-Peter Köhli, Zürich
